

V0250/21

Weiterführung des Zuschusses an das AUDI Konfuzius-Institut Ingolstadt
(Referent: Herr Engert)

Stadtrat vom 29.07.2021

Oberbürgermeister Dr. Scharpf führt aus, dass Ingolstadt viele Berührungspunkte mit China habe. Er persönlich habe nichts gegen ein Konfuzius-Institut, könne die Kritiker aber verstehen, die eine Bezuschussung mit städtischen Geldern in Frage stellten. Dieses Argument finde er auch überzeugend. Er denke, dass der Staat China neben der USA die wirtschaftsstärkste Nation auf der Welt sei und sicherlich nicht auf die Gelder aus Ingolstadt angewiesen sei. Aus diesem Grund sei auch Oberbürgermeister Dr. Scharpf der Auffassung, dass die Stadt aus der Finanzierung aussteigen sollte, aber erst nach einer Übergangszeit. Er plädiert dafür, auch nach Abstimmung mit der Fa. Audi und der THI, als Stadt Ingolstadt keinen Sonderweg zu gehen, sondern der Vorlage in der vorgelegten Form zuzustimmen.

Stadtrat Ettinger stellt fest, dass durch die neun Menschenrechtsorganisationen, die am Eingang des Stadttheaters demonstrieren würden, sich die Gelegenheit biete, sich von den Menschenrechtsverstößen ein Bild zu machen. Seit über fünf Jahren habe man in Ingolstadt ein Audi Konfuzius-Institut mit einem Programm, das sich sehr harmlos lese, z. B. gebe es Teezeremonien, Kochkurse usw. Von einer kritischen Auseinandersetzung sei man nach den Worten von Stadtrat Ettinger weit entfernt. Die Konfuzius-Institute würden sich gerne mit den Goethe-Instituten vergleichen, aber dessen Programme würden sich sehr wohl kritisch mit der Nazi-Vergangenheit oder allen anderen möglichen Themen auseinandersetzen. Stadtrat Ettinger stellt den Änderungsantrag, die Zusammenarbeit zu beenden, ohne eine Übergangszeit. Die Bezuschussung sei auch von Anfang an von der FDP nicht mitgetragen worden. Er erklärt zudem, dass es Wandel durch Annäherung öfter schon gegeben habe, aber er sehe hier, auch nach Gesprächen mit KollegInnen der Hochschulen, keine Annäherung. Eine Finanzierung mit öffentlichen Geldern müsse heute gestoppt werden. Er bittet um Zustimmung zu seinem Änderungsantrag.

Natürlich, so Stadtrat Mißlbeck, gebe das Thema Konfuzius-Institut mit der chinesischen Politik Anlass, ernste Bedenken zu äußern. Aber durch die Gründung einer Städtepartnerschaft mit Foshan und durch einen der größten Audi-Produktionsbetriebe in Foshan hätten sich Verbindungen entwickelt. Nach den Worten von Stadtrat Mißlbeck gebe es wenige Städtepartnerschaften, wo eine derartige Herzlichkeit stattfinde, sowohl im Jugendbereich, im Vereinsbereich, im kulturellen und zwischenmenschlichen Bereich. Er stellt die Frage, ob die Stadt Ingolstadt die Aufgabe habe, die große Politik zu beeinflussen, die aber natürlich auch nicht vollkommen außer Acht gelassen werden könne. Richtig sei es, die Finanzierung zu beenden, aber nicht von heute auf morgen, so dass die Arbeit von Personen des Institutes gewürdigt werde. Stadtrat Mißlbeck bittet, auch aus kommunalpolitischer und städtepartnerschaftlicher Sicht heraus, der Vorlage in der vorgelegten Form zuzustimmen.

Stadtrat Höbusch betont, dass die Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag der Verwaltung ablehnen und dem Änderungsantrag der FDP zustimmen werde. Umfangreiche Informationen im Vorfeld der schon länger laufenden Diskussion hätten stattgefunden. Natürlich sei die kommunikative Ebene und der direkte Kontakt mit Menschen wichtig, dies funktioniere aber nicht über ein auf der gesamten Welt in den Strukturen vorgegebenes, durch den Staat gelenktes Institut, das an die Universitäten „angeflanscht“ sei. Hier habe Ingolstadt eine Sonderstellung und aus der Erfahrung der Unis heraus, werde auch akademisches Forschungswissen in die chinesische Systematik überführt, was nach Auffassung von Stadtrat Höbusch durch die Partnerschaft und leider auch durch Audi bedenklich sei. Aus diesem Grund möchte er ein sofortiges Ausstiegsszenario. Sollte es Audi oder der THI wichtig sein, würde ihnen eine Finanzierung aus eigenen Mitteln offenstehen.

Stadtrat Dr. Schuhmann weist einleitend darauf hin, dass ein Mittel, um unter Umständen festgefahrene Meinungen aufzuweichen, keinesfalls ein Abbruch von Beziehungen sei. Es solle, wie Stadtrat Dr. Schuhmann immer gesagt habe, versucht werden, den „Brandtschen“ Ausdruck „Wandel durch Annäherung“ umzusetzen. Auch er habe Gespräche mit Prof. Augsdörfer geführt, der ebenfalls der Meinung sei, dass es ein falsches Signal sei, sofort aufzuhören, sondern erst in zwei Jahren. Stadtrat Dr. Schuhmann schlägt vor, Prof. Augsdörfer oder andere Professoren der THI in den Ausschuss für Kultur und Bildung einzuladen und berichten zu lassen, wie die Erfahrungen seien. Dass dieses Institut Propaganda mache, stimmt nach den Worten von Stadtrat Dr. Schuhmann nicht. Auch das Engagement der Partnerstadt bei der Landesgartenschau müsse gesehen werden. Ingolstadt habe ein Alleinstellungsmerkmal von allen Konfuzius-Instituten in Deutschland im Hinblick auf den Schwerpunkt Forschung. Dabei sei auch das Thema Spionage nach Auskunft von Prof. Augsdörfer kein Thema, da China in der Forschung wesentlich weiter als Deutschland sei. Die THI habe bereits festgelegt, dass sie die nächsten Jahre weiter eine Zusammenarbeit wolle und deswegen sehe Stadtrat Dr. Schuhmann es als sinnvollen Beitrag zur Völkerverständigung. In den nächsten zwei Jahren könne man noch einmal die klaren Bedenken vortragen und sich informieren, was dieses Institut in Ingolstadt bisher bewegt habe und welche Pläne es gebe. Sein Vorschlag sei deshalb, der Vorlage zuzustimmen.

Stadtrat Lipp äußert, dass die AfD-Stadtratsfraktion von einer städtischen Förderung des Konfuzius-Institutes absehe und fordert, dass es keine Verwendung von Steuergeldern für eine sozialistische Einflussnahme der kommunistischen Partei in China geben dürfe. Er schließe sich den Vorrednern in Bezug auf die Menschenrechtsverletzungen an. Er habe sich ebenfalls informiert und deswegen gehe seine Fraktion beim Änderungsantrag der FDP mit.

Stadtrat Over stimmt den Ausführungen von Stadtrat Ettinger voll und ganz zu. Zum Wortbeitrag von Stadtrat Dr. Schuhmann stellt Stadtrat Over fest, dass Prof. Augsdörfer bei einem Termin in der VHS die Gelegenheit gehabt hätte, zu diesem Thema zu sprechen. Prof. Augsdörfer habe aber davon geschwärmt, wie weit die Entwicklung in der Gesichtserkennungssoftware sei. Stadtrat Over betont in Verbindung mit einer Einlassung von Stadtrat Grob in den sozialen Netzwerken, dass seiner Meinung nach von Seiten des chinesischen Staates der Dialog mit Ingolstadt eine außerordentlich marginale Rolle spiele. Außerdem findet er, dass die kleine Politik ein Zeichen setzen müsse, wenn die große Politik dazu nicht in der Lage sei.

Stadtrat Bulling-Schröter sagt, dass sie es gut finde, dass über Menschenrechtsverletzungen auch in einem Kommunalparlament gesprochen werde, aber diese seien nicht teilbar und es

gebe sie nicht nur in China, sondern in anderen Ländern. In Zukunft sollte viel mehr über Menschenrechtsverletzungen und über die Auswirkungen gesprochen werden. Auch deshalb sei die Stadtratsgruppe Die Linke der Meinung, dass sich Audi und die Stiftung selbst finanzieren sollten, aber dies solle auch in Zukunft für andere Institute gelten. Es handle sich um eine scheinheilige Diskussion, denn die Wirtschaft kooperiere natürlich mit solchen Systemen. Es stelle sich die Frage, wie ernst man diese Diskussion meine oder ob es sich um Schaufensterreden halte. Stadträtin Bulling-Schröter halte es für ziemlich lächerlich, wenn in einem Flugblatt oder auch in der heutigen Diskussion davon gesprochen werde, dass der Aufbau einer sozialistischen Kultur und die Unterstützung einer Diplomatie chinesischer Prägung in Ingolstadt durchgeführt werden sollten. Sie fragt, ob man nicht an die Kraft des Stadtrates und an die Kraft der Demokratie glaube. Diese Meinung stamme aus der Mottenkiste eines Antikommunismus, der völlig antiquiert sei.

Stadtrat Stachel denkt, dass es ganz klar sei, dass das Konfuzius-Institut eine Anschubfinanzierung durch die Stadt bekommen habe. Das sei auch mit breiter Mehrheit getragen worden. Damals sei aber auch festgelegt worden, dass es sich um einen begrenzten Zeitraum handeln solle. Dieser Zeitraum sei nun vorbei und der Stadtrat sei nun frei in seiner Entscheidung. Klar sei für die Stadtratsfraktion der Freien Wähler, dass, wenn das Institut weiterleben wolle, das aus eigener Kraft und mit der Unterstützung von Audi tun könne. Die Freien Wähler lehnen die Fortführung ab und weitere Steuermittel sollten in das Institut nicht gegeben werden.

Stadtrat Grob informiert darüber, dass die von Stadtrat Over angesprochene Gesichtserkennung von den Europäern mittlerweile genau so gut beherrscht werde. Er sei zudem davon überzeugt, dass der stufenweise Ausstieg der richtige sei. Er befürworte ganz stark die Kommunikation, die aber nicht von einem Individuum zu einem Staat erfolge, sondern zwischen Institut und Institut. Deswegen sei er sehr froh, dass es eine chinesische Partnerstadt gebe, über die kommuniziert werden könne. Er glaubt, dass der Ausstieg und die Taktung mit der THI und mit der Audi AG erfolgen sollten. Es werde weiterhin einen interkulturellen, technischen Austausch und einen Schüleraustausch geben und das solle auch weitergepflegt werden. Die CSU-Stadtratsfraktion werde der Vorlage mit einem stufenweisen Ausstieg zustimmen.

Herr Engert weist auf zwei Punkte hin. Zum einen halte er es ebenso für enorm wichtig, über Menschenrechtsverletzungen zu diskutieren. Jedem sei die Lage in China bekannt, dabei stelle sich die Frage, welche Schlüsse daraus gezogen werden. Herr Engert ist der Meinung, dass ein Konfuzius-Institut einen kleinen Beitrag leisten könne, um Gesprächsfäden aufrecht zu erhalten und gewisse Strukturen nicht schlagartig zu beenden. Deshalb sei von seinem Referat der stufenweise Ausstieg vorgeschlagen worden. Des Weiteren stellt Herr Engert fest, dass das Institut viele interessante Projekte durchführe und Veranstaltungen im kulturellen Bereich stattfänden. Es dürfe nicht der Eindruck entstehen, wie von Stadtrat Ettinger vorgetragen, es fänden dort nur Teezeremonien statt, das werde den dort Handelnden nicht gerecht.

Stadtrat Schäuble wirft die Frage auf, warum man überhaupt eine Übergangsfrist beschließen müsse, wenn der Stadtrat eine Finanzierung bis zu einem gewissen Zeitpunkt aufgesetzt habe. Er teile in keiner Weise die Argumente für einen stufenweisen Ausstieg. Die FDP sei schon immer gegen eine Förderung gewesen. Der Vertrag könne beendet werden ohne Übergangsfrist. Er bittet um Zustimmung zum Änderungsantrag der FDP/JU.

Sodann ergeht folgende Beschlussfassung:

Abstimmung über den Änderungsantrag der Ausschussgemeinschaft FDP/JU, gestellt von Stadtrat Etinger, ohne Übergangszeit die Zusammenarbeit zu beenden.

Mit 22:27 Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt.

Abstimmung über den Antrag der Verwaltung V0250/21:

Mit 27:22 Stimmen:

Der Antrag wird abgelehnt.